



Interviews

Datum: 13. Juni 2024

Moritz Küpper im Gespräch mit Marcus Faber

„Wir reden von einem Jahrgang von 400.000 jungen Männern, die jedes Jahr 18 werden. Die werden wir anschreiben mit einem Musterungsfragebogen, einem Musterungsfragebogen, der online versandt werden soll. Es sollen diejenigen für den Wehrdienst ausgewählt werden, die am fittesten, am geeignetsten und am motiviertesten sind.“

Küpper: Boris Pistorius, der Bundesverteidigungsminister von der SPD. Das ist er nun, der lang erwartete Vorschlag des Bundesverteidigungsministers, ein Pflichtfragebogen also, statt einer, ja Wehrpflicht. Damit soll nun das Personalproblem der Bundeswehr gelöst werden und Deutschlands Militär kriegstüchtig werden, um ein Wort von Pistorius aufzugreifen. Am Telefon ist Marcus Faber, FDP, Bundestagsabgeordneter aus Sachsen-Anhalt und seit gestern neuer Vorsitzender des Bundestagsverteidigungsausschusses in Nachfolge von Marie-Agnes Strack-Zimmermann, guten Morgen.

Faber: Guten Morgen, Herr Küpper.

Küpper: Herr Faber, Pflichtfragebogen statt Wehrpflicht, reicht das?

Faber: Es ist ein wichtiger erster Schritt, um gerade die Motivierten zu finden, die bei der Bundeswehr wirklich tätig sein wollen. Und wenn man sich die Zahlen anguckt, wie viele Menschen braucht die Bundeswehr, um etwa die Reserve aufzustocken oder freiwillig Dienstleistende zu finden, kommen wir damit wahrscheinlich schon sehr weit, ja.

Küpper: Wie weit kommen wir denn? Also ist das jetzt der Einstieg oder die Lösung?

Faber: Ich glaube, es ist ein großer Teil der Lösung und, ja, damit natürlich auch ein Einstieg. Wenn das Ziel ist, 400.000 Menschen pro Jahr über solch einen Fragebogen anzuschreiben, sie auch zu verpflichten sich zurückzumelden, insbesondere den männlichen Teil und dann zu sagen, gut, wir wollen daraus 40.000 finden, die dann auch wollen, also 10 Prozent. Und wenn wir von denen dann noch weniger aussuchen, die wir bei der Bundeswehr tatsächlich jetzt auch unterbringen können, dann sehen Sie an den Zahlen schon, das dürfte mit Freiwilligkeit gut zu lösen sein.

Küpper: Was macht Sie da so zuversichtlich? Vielerorts – heute Morgen auch in den Zeitungen – wird das Ganze eher als eine Art, ja, Wette bezeichnet. Und ich frage mich schon auch, wie in Zeiten von Fachkräftemangel das Konzept Freiwilligkeit an dieser Stelle funktionieren soll.

Faber: Ja, die Zahlen machen mich zuversichtlich. Es gibt ja repräsentative Umfragen, die sagen, wie viele Menschen sich einen Dienst bei der Bundeswehr vorstellen können, wie viele Menschen dem Dienst bei der Bundeswehr positiv gegenüberstehen. Und wenn ich mir dann anschau, wie wenig die Bundeswehr eigentlich im Vergleich dazu nur braucht, dann kommt man damit, glaube ich, schon sehr, sehr weit. Und Fachkräftemangel ist genau das Problem. Viele haben ja noch romantische Vorstellungen von einer alten Wehrpflicht, wie wir sie vor 30 Jahren mal hatten. Das würde natürlich auch dem deutschen Arbeitsmarkt sehr, sehr viel Potenzial entziehen. In Zeiten von demografischem Wandel wäre auch das ein Problem.

Küpper: Aber braucht es nicht eine Pflicht? Sie sprechen die Zeiten an. Wir leben in Zeiten der Zeitenwende durch eine kriegerische Bedrohung und Sie warnen ja zu Recht auch, glaube ich, finden Sie, immer vor dem Krieg in der Ukraine, sagen, wir müssen die Ukraine dort unterstützen. Jetzt warnt der Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius gestern, dass Putin militärisch in der Lage sei, 2029, also recht bald, auch NATO-Gelände anzugreifen. Müssen die Prioritäten da nicht anders gesetzt werden?

Faber: Ja, die Prioritäten müssen so gesetzt werden, dass eine Bundeswehr einsatzfähig ist, und dass eine Bundeswehr aufwuchsfähig ist. Die Zielstellung hier ist zweierlei. Zum einen aus den 180.000 Soldaten heute 200.000 zu machen. Wir sehen da schon, das ist eine überschaubare Aufgabe. 20.000 fehlen auf eine Bevölkerung von

84 Millionen. Und auf der anderen Seite ist der zweite wichtige Punkt eine Aufwuchsfähigkeit, im Spannungsfall, im Verteidigungsfall abzubilden. Das heißt, dafür zu sorgen, dass wir ausreichend Menschen in Deutschland haben, die eine Grundfähigkeit haben, beispielsweise, weil sie in der Reserve regelmäßig Dienst tun. Da wollen wir dann gewährleisten, dass eine Bundeswehr in einem solchen Konfliktszenario schnell auf eine halbe Million Menschen aufwachsen kann. Beides kann mit dem jetzt dargestellten Szenario abgebildet werden. Und deswegen ist das tatsächlich eine Hilfe.

Küpper: Sie werben von der FDP ja auch eher für den Faktor Reservisten, wollen diese, wenn ich das richtig verstanden habe, auch in der persönlichen Ausstattung den aktiven Soldaten gleichsetzen.

Faber: Genau. Reservisten werden eine wichtige Aufgabe haben in einem solchen Bedrohungsszenario durch Russland. Es geht da beispielsweise um den Schutz kritischer Infrastruktur, auch in Deutschland. Wir reden hier von Brücken. Wir reden hier von Stromkraftwerken. Wir sehen von alledem, was in der Ukraine auch gerade bedroht wird, das wird man dann nicht mehr mit Bundeswehrpersonal abbilden können, denn das Bundeswehrpersonal ist dann zur Bündnisverteidigung woanders. Und dementsprechend wird die Reserve eine große Rolle haben und die müssen wir jetzt auch vorbereiten. Da geht es darum, auch den Reservedienst attraktiver zu machen, und zwar für alle Altersgruppen, nicht nur für junge Menschen.

Küpper: All das, diese Pläne des Bundesverteidigungsministers, aber auch das, worüber wir gerade gesprochen haben, die Reservisten, das soll Geld kosten. Alleine bei den Reservisten, wenn das so kommen sollte, dürfte das mehr als 100 Milliarden kosten, sagen Experten. Woher soll das Geld kommen?

Faber: Ja, erst mal reden wir da von ganz anderen Beträgen. Der Minister selbst hat gestern von anderthalb Milliarden gesprochen für dieses Konzept in der Vollaussprägung, und zwar noch nicht fürs kommende Jahr, sondern dann eben, wenn es komplett greift.

Küpper: Die 1,4 Milliarden sind für 5.000 Soldaten gemeint.

Faber: Richtig. Das ist der ...

Küpper: Das reicht ja bei Weitem nicht.

Faber: Also, die 1,5 Milliarden sind für den Komplettaufwuchs, das heißt dann auch für 40.000 gedacht, wenn wir hier freiwillig Dienstleistende haben. Das können wir nächstes Jahr noch nicht abbilden. Nächstes Jahr beginnen wir mit 5.000. Deswegen ist der Minister der Meinung, dass er das nächste Jahr auch noch aus seinem laufenden Haushalt abbilden kann. Das Problem stellt sich also in den folgenden Jahren.

Küpper: Was macht Sie so zuversichtlich, dass das funktioniert? Ich will noch mal an diesem Punkt bleiben, denn die Zeit drängt ja. Wir haben ja, ich habe die Zahl 2029, in der Putin dann militärisch sozusagen über die Ukraine hinaus kriegstüchtig ist, genannt. Fehlt Ihnen in der Ampel die Kraft für einen größeren Wurf, für eine größere Diskussion?

Faber: Gerade, weil die Zeit drängt, müssen wir jetzt ja tätig werden und sollten nicht zwei Jahre über eine Grundgesetzänderung sprechen, die dann vielleicht nicht kommt. Wir können jetzt hier auf einfach gesetzlichem Wege effektive Schritte gehen, bei denen sich alle einig sind. Und ehrlich gesagt, diese Schritte müssen wir jetzt gehen. Und ich bin der Meinung, dass wir wahrscheinlich eventuell das ganze Problem oder zumindest 80 Prozent des Personalproblems der Bundeswehr damit lösen können. Das heißt, das ist schon mal sehr viel. Lassen Sie uns doch das jetzt machen, schauen, wie weit wir damit kommen. Ich denke, wir kommen sehr weit. Und falls ich mich irren sollte, sind wir dann immer schon sehr weit gekommen und können dann immer noch darüber reden, ob wir das Grundgesetz ändern, zum Beispiel bei der Wehrpflicht darüber reden, ob sie im Grundgesetz nicht nur für Männer, sondern auch für Frauen gilt.

Küpper: Das ist er, der berühmte Artikel 12a des Grundgesetzes, jetzt vielzitiert. „Männer können vom vollendeten 18. Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden“, heißt

es da. Aber in Zeiten von Gleichberechtigung und Geschlechterdiskussion ist dieser Satz nicht mehr zeitgemäß, oder?

Faber: Er ist nicht mehr zeitgemäß im 21. Jahrhundert. Wir reden von Gleichberechtigung der Geschlechter. Wir wollen geschlechtliche Diskriminierung ausschließen, genauso wie Altersdiskriminierung. Das muss also mal angepasst werden. Das ist tatsächlich auch in dem Schritt, den der Minister jetzt vorschlägt mit dieser Auskunftspflicht, wie hoch denn das Interesse an der Bundeswehr ist, ein Punkt, über den man noch mal reden muss. Das war gestern eine Vorstellung im Verteidigungsausschuss. Das ist etwas, was natürlich in den nächsten Wochen diskutiert wird, bevor wir das gesetzlich umsetzen.

Küpper: Und Sie sagen, es gibt nicht genug Zeit, diesen Satz zu ändern? Denn da liegt ja auch enormes Potenzial, wenn wir uns die Zahlen angucken, wie viele Frauen in der Truppe tätig sind.

Faber: Ja, Frauen sollen ja auch die Möglichkeit haben, an genau diesem Verfahren jetzt teilzunehmen. Genauso wie jetzt ja Frauen derzeit 12 Prozent der Soldatinnen abbilden und Soldaten. Da liegt Potenzial. Die Erfahrung mit Grundgesetzänderungen sagt aber auch, dass sie nicht schnell gehen, und dass, wenn man einen Artikel ändern will, üblicherweise alle, die zustimmen müssen, noch mit ganz vielen anderen Ideen kommen, was man noch alles ändern könnte und das dann das Thema etwas verwässert. Deswegen jetzt hier stringent arbeiten, durchziehen, Probleme lösen, gucken, wie viel von dem Problem noch überbleibt. Wenn nichts mehr überbleibt, fantastisch, wenn noch 20 Prozent überbleiben, dann reden wir noch mal über die 20 Prozent.

Küpper: Ab wann müssen Sie oder sehen Sie, dass man diesen Strich zieht und einmal guckt? Wann wäre das auf der Zeitachse?

Faber: Ich denke, dass von heute in einem Jahr der Zeitpunkt ist, wo wir Erfahrungen mit diesem jetzt vorgeschlagenen System gemacht haben, wo wir dann auch die Möglichkeit haben, nach einer Bundestagswahl zu schauen, einen Strich zu ziehen

und zu sagen, was braucht die Bundeswehr noch, was braucht sie materiell, was braucht sie personell und, ja, wie können wir das dann auch abbilden.

Küpper: Glaube Sie, dass das Thema Wehrpflicht damit dann ein großes im Bundestagswahlkampf spielen wird im nächsten?

Faber: Ich gehe davon aus, dass es eine große Rolle spielen wird. Ich bin allerdings auch optimistisch, wenn ich mir die Lösungskonzepte der verschiedenen Parteien angucke, denn alle haben verstanden, dass diese Wehrpflicht, wie wir sie noch in der romantischen Vorstellung von vor 30 oder 40 Jahren haben, heute nicht mehr die ist, die die Bundeswehr braucht. Sie könnte sie gar nicht abbilden von der Infrastruktur her, aber sie ist auch einfach nicht mehr nötig, weil wir hier doch von einer sehr professionellen und technisierten Armee jetzt sprechen.

Küpper: Dennoch abschließend. Es klingt eher als kleinster gemeinsamer Nenner, den der Bundesverteidigungsminister da gestern vorgeschlagen hat im Hinblick auf die Ampel.

Faber: Ich glaube, Konsens ist nichts Schlimmes. Und wenn sich jetzt viele Parteien, sogar die Opposition hinter diesem Schritt versammeln können ...

Küpper: Die ist weit davon entfernt.

Faber: Ja, also ich habe mit den Kolleginnen und Kollegen von der Union beispielsweise gestern gesprochen. Die haben durchaus gesagt, das hier müssen wir jetzt auch machen. Die sagen dann auch, ja, wir müssen vielleicht noch mehr machen. Aber es ist für das hier erst mal ein Konsens da und das finde ich eigentlich bei Themen von Sicherheit für unsere Republik sehr gut, erst mal einen solchen Konsens zu haben.

Küpper: Sagt Marcus Faber, FDP, Bundestagsabgeordneter aus Sachsen-Anhalt. Er ist neuer Vorsitzender des Bundestagsverteidigungsausschusses. Ich danke Ihnen sehr für das Gespräch.

Faber: Danke Ihnen, Herr Küpper.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.